

Stadtverordnetenbüro
Auskunft erteilt: Herr Knoth
Berliner Platz 1, 35390 Gießen

Telefon: 0641 306-1031
Telefax: 0641 306-2033
E-Mail: stadtverordnetenbuero@giessen.de

Datum: 11.11.2021

N i e d e r s c h r i f t

der 3. öffentlichen Sitzung des Akteneinsichtsausschusses „Greensill-Affäre“
am Montag, dem 08.11.2021,
im Stadtverordnetensitzungssaal, Rathaus, Berliner Platz 1, 35390 Gießen.
Sitzungsdauer: 20:04 - 20:33 Uhr

Anwesende Ausschussmitglieder:

Stadtverordnete der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Frau Christiane Janetzky-Klein

Herr Fabian Mirolid-Stroh

Frau Vera Strobel

Herr Alexander Wright

(in Vertretung für Stv. Weinel-Greilich)

Stadtverordnete der CDU-Fraktion:

Herr Volker Bouffier

Herr Klaus Peter Möller

Herr Thiemo Roth

Ausschussvorsitzender

Stadtverordnete der SPD-Fraktion:

Herr Michael Borke

Herr Kamyar Mansoori

Herr Frank Walter Schmidt

Stadtverordnete der Gigg+Volt-Fraktion:

Herr Frank Schuchard

Stadtverordnete der Gießener Linke-Fraktion:

Frau Melanie Tepe

Stadtverordnete der FDP-Fraktion:

Frau Manuela Giorgis

Stadtverordnete der AfD-Fraktion:

Frau Sandra Weegels

Ortsbeiratsmitglieder der FW-Fraktion:

Frau Pia Mauthe

Vom Magistrat:

Frau Dietlind Grabe-Bolz Oberbürgermeisterin
Frau Gerda Weigel-Greilich Stadträtin

Von der Verwaltung:

Herr Dr. Dirk During Leiter der Kämmerei

Vom Büro der Stadtverordnetenversammlung:

Herr Dieter Knoth Büroleiter, Schriftführer

Der **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und begrüßt die Anwesenden. Er stellt fest, dass der Ausschuss beschlussfähig ist.

Gegen die Ordnungsmäßigkeit der Einladung werden keine Bedenken erhoben.

Stv. Giorgis, FDP-Fraktion, beantragt eine zusätzliche Sitzung des Ausschusses, da der Abschlussbericht noch nicht an die Ausschussmitglieder übersandt wurde und daher noch nicht beraten werden konnte. Der Beschluss über die Beendigung des Ausschusses sei dementsprechend von der Tagesordnung zu nehmen.

Stv. Schmidt, SPD-Fraktion, spricht dagegen. Der Abschlussbericht habe noch nicht fertig gestellt werden können, da die eingegangenen und weiteren möglichen Stellungnahmen der Fraktionen noch nicht diskutiert und das Ergebnis noch nicht eingearbeitet werden konnte.

Der Antrag der FDP-Fraktion wird mehrheitlich abgelehnt (Ja: CDU, G/V, FDP, AfD, FW; Nein: GR, SPD, LINKE).

Weitere Anträge zur Tagesordnung werden nicht gestellt. Sie wird in der mit der Einladung vorgeschlagenen Form einstimmig beschlossen (Ja: GR, CDU, SPD, LINKE, G/V; StE: FDP, AfD, FW).

Tagesordnung (öffentliche Sitzung):

1. Vorstellung des zu erstattenden Berichtes und Beschlussfassung
2. Beschluss über die Beendigung des Ausschusses

3. Verschiedenes

Abwicklung der Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Vorstellung des zu erstattenden Berichtes und Beschlussfassung

Der **Vorsitzende** bittet den gewählten Berichterstatter, Stv. Mansoori, den von ihm entworfenen Bericht vorzutragen. Er weist daraufhin, dass anschließend eine Aussprache mit Änderungsvorschlägen stattfinden könne.

Stv. Mansoori, SPD-Fraktion, trägt folgenden Bericht vor:

„Der Akteneinsichtsausschuss wurde mit Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 27.05.2021 eingesetzt. Der Beschluss lautet: ‚Die Stadtverordnetenversammlung bildet einen Akteneinsichtsausschuss zu den Geschehnissen und Hintergründen der durch die Greensill-Insolvenz gefährdeten Festgeldanlagen der Universitätsstadt Gießen in Höhe von insgesamt 10 Millionen Euro. Der Zweck des Ausschusses ist die Einsichtnahme der durch die Kämmerei und ggf. weiteren städtischen Fachämtern erstellten Akten zum Abschluss der bei der Greensill-Bank getätigten Festgeldanlagen. Der Akteneinsichtsausschuss tagt in der Besetzung des HFWRE-Ausschusses.‘

Einschließlich des Termins am 08.11.2021 tagte der Ausschuss in drei Sitzungen. Alle Sitzungen waren öffentlich.

In der ersten Sitzung des Ausschusses am 28.06.2021 wurde der Stadtverordnete Kamyar Mansoori zum Berichterstatter gewählt. Aufgrund des Umfangs der Akten wurde beschlossen, dass die Akteneinsicht im Rahmen gesonderter Termine außerhalb der Ausschusssitzungen erfolgt. Dafür hat die Verwaltung 20 Termine zwischen dem 06.07.2021 und 26.08.2021 zur Verfügung gestellt.

In der zweiten Sitzung des Ausschusses am 20.09.2021 wurde festgehalten, dass alle vorhandenen Akten zur Verfügung gestellt und ausreichend Zeit für die Akteneinsicht vorhanden war. Darüber hinaus gehende Einsichtnahme war nicht gewünscht. Nach all dem hat der Ausschuss keinen Zweifel daran, dass dem Ausschuss alle zur Erfüllung seines Auftrags notwendigen Unterlagen zur Verfügung standen und dass ausreichend Zeit für deren Prüfung gegeben war.

Weiterhin wurde vereinbart, dass etwaige Erkenntnisse der Fraktionen bis zum 04.10.2021 an das Büro der Stadtverordnetenversammlung kommuniziert und über das Büro an den Berichterstatter weitergeleitet werden. Drei Stellungnahmen sind eingegangen ((1) Gigg+Volt am 29.09., (2) Bündnis90/Die Grünen, SPD und Die Linke am 02.10. und (3) FDP am 14.10.).

In der dritten Sitzung des Ausschusses am 08.11. wurde der Bericht vorgestellt.

Grundsätzlich handelt es sich um zwei Festgeldanlagen i.H.v. jeweils 5 Millionen Euro bei der Greensill-Bank, die von der Stadt Gießen öffentlich ausgeschrieben und vom Magistrat im vier Augen Prinzip vergeben wurden.

In den Akten findet sich ein Schreiben des Regierungspräsidenten Dr. Ullrich vom 07.07.2021, das bereits allen Stadtverordneten zugegangen ist. Darin kommt der Regierungspräsident zu folgender Einschätzung: „Die Anwendung der Anlagerichtlinie ist derzeit ausgesetzt; ihre inhaltliche Ausgestaltung wird überdacht. [...] Vor diesem Hintergrund sehe ich zum gegenwärtigen Zeitpunkt keinen kommunalaufsichtsrechtlichen Handlungsbedarf.“

An der anschließenden Diskussion beteiligen sich die Stadtverordneten Schuchard, Weegels, Möller, Wright, Mansoori, Giorgis und Schmidt.

Abschließend wird einstimmig beschlossen, den Bericht in der vorgetragenen Form zu belassen und die drei genannten Stellungnahmen der Niederschrift beizufügen (Ja: SPD, GR, LINKE, G/V, AfD; StE: CDU, FDP, FW).

2. Beschluss über die Beendigung des Ausschusses

Die Beendigung des Ausschusses wird mehrheitlich beschlossen (Ja: GR, SPD, LINKE, G/V, AfD; Nein: CDU, FDP; StE: FW).

3. Verschiedenes

Es erfolgen keine Wortmeldungen.

Nachdem keine weiteren Wortmeldungen vorliegen, schließt der **Vorsitzende** die Sitzung mit einem Dank für die Mitarbeit der Anwesenden.

DER VORSITZENDE:

(gez.) R o t h

DER SCHRIFTFÜHRER:

(gez.) K n o t h